



Außenwirtschaft aktuell

04/2026

Veranstaltungen und Unternehmerreisen 4

Save the Date: Fachkräfte im Fokus – Delegationsreise nach Usbekistan	4
Webinar: Das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen	4
Webinar: Aktuelle Änderungen in der britischen Einwanderungspolitik	4
Deutsch-Britische Wirtschaftskonferenz	5
Webinar: Personalengpässe lösen mit EU-Fachkräften aus der Slowakei	5
DIHK-Konferenz zur Zukunft des Welthandelssystems	5
KI und Digitalisierung in der Außenwirtschaft: IHK-Veranstaltung in Oldenburg	5

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 6

Algerien: Digitale Plattform für den Import	6
Deutschland: Exporterleichterungen für Rüstungsgüter	6
Deutschland: Nutzung des Zoll-Portals im Bereich Genussmittelsteuern	6
EU: Antidumpingzölle auf Phosphorsäure aus China	6
EU: Einigung auf Freihandelsabkommen mit Australien	6
EU: Fragen und Antworten zum Abkommen mit der Schweiz	7
EU: Hinweise zur E-Rechnung	7
EU: Neue Zollvorschriften für kleine Pakete	7
EU: Parlament stimmt für Handelsvereinbarung mit den USA	8
EU: Text des Freihandelsabkommens mit Indien veröffentlicht	8
EU: Verhandlungen mit Kanada über ein Digitalhandelsabkommen	8
EU: Volldigitales Carnet ab 1. Juni 2026	8
EU: Vorläufige Anwendung des Mercosur-Abkommens	9
Kanada: Verschärfung der Russlandsanktionen	9
Kolumbien: Einfuhr von Tiefkühl-Pommes frites aus der EU	9
Kroatien: Beitritt zum CEE-Verfahren	9
Polen: Meldepflicht bei grenzüberschreitender Warenbeförderung	9
Schweiz: Elektronisch ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen	10
Slowakei: Beitritt zum CEE-Verfahren	10
Türkei: Verpflichtende Vorabregistrierung für Carnet ATA	10
USA: Zollrückerstattungen nur noch elektronisch	10

Ländernotizen 11

Brasilien: Wichtigster Markt für elektrotechnische Güter in Südamerika	11
Deutschland: Nur 0,6 Prozent Exportwachstum 2025	11
Frankreich: Recycling wird zur Souveränitätsfrage	11
Indien: Milliarden für erneuerbare Energien	11
Japan: Halbleiterindustrie steht vor starkem Wachstum	12

Kolumbien: Wasserwirtschaft fragt moderne Technik nach	12
Skandinavien: Maritime Industrie auf Innovationskurs	12
Spanien: Flughäfen erweitern ihre Kapazitäten	13
Tschechien: Europas unterschätzter Batteriestandort	13
USA: Automobilindustrie sortiert sich neu	13
USA: Handelspolitik verleidet deutschem Maschinenbau das Geschäft	13
USA: Immer mehr Unternehmen produzieren im Südosten	14
Vereinigtes Königreich: Infrastrukturbau boomt dank staatlicher Projekte	14

Veröffentlichungen **14**

EU-Stellungnahme zur Reform der Welthandelsorganisation	14
DIHK-Umfrage „Going International 2026“	15
GTAI-Sonderseite zum Krieg im Nahen Osten	15
Sonderauswertung USA zur Umfrage „Going International 2026“	15
Zoll und Einfuhr kompakt – Türkei	15

Verschiedenes **16**

Auslandshandelskammern auf der Hannover Messe	16
---	----

Impressum **17**

Veranstaltungen und Unternehmerreisen

Save the Date: Fachkräfte im Fokus – Delegationsreise nach Usbekistan

Die IHK für Ostfriesland und Papenburg organisiert **vom 5. bis 9. Oktober 2026** eine **Delegationsreise zum Thema Fachkräftegewinnung** nach Usbekistan. Die Reise richtet sich an Unternehmen und Einrichtungen, die sich strategisch mit der Rekrutierung und Entwicklung internationaler Talente befassen möchten. Usbekistan ist das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens und verfolgt seit einigen Jahren einen wirtschaftlichen Öffnungs- und Modernisierungskurs. Politische Stabilität, eine junge Bevölkerung und umfangreiche Reformen machen das Land zunehmend attraktiv für internationale Investoren und Kooperationspartner. Zudem fördert die Regierung in Taschkent die strukturierte und sozial abgesicherte Entsendung von Fachkräften ins Ausland und unterstützen Interessierte gezielt durch Sprach- und Bildungsangebote. Besonders hervorzuheben ist das große Interesse an der deutschen Sprache – rund 400.000 Menschen in Usbekistan lernen derzeit Deutsch, mehr als in jedem anderen asiatischen Land. Zusätzliche Impulse erhält diese Entwicklung durch eine im September 2024 vereinbarte deutsch-usbekische Migrations- und Mobilitätspartnerschaft, die die Beschäftigung usbekischer Fachkräfte und Auszubildender in Deutschland weiter erleichtert. Weitere Informationen zu der Reise finden Sie auf der [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

Webinar: Das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen

Rund 26 Jahre Verhandlungen, hohe Erwartungen und kontroverse Meinungen: Beim Abkommen der Europäischen Union mit den vier südamerikanischen Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay geht es um nicht weniger als die bis dato größte Freihandelszone der Welt. Und dann? Wer profitiert zuerst vom Zollabbau, wer später? In welchen Branchen und Sektoren eröffnen sich besondere Chancen für deutsche Unternehmen? Das kostenfreie Webinar „Das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen: Was es verspricht – und was jetzt möglich ist“ **am 14. April von 14:00 bis 16:00 Uhr** gibt eine praxisnahe Einordnung der rechtlichen, wirtschaftlichen und terminlichen Rahmenbedingungen des Abkommens. Ergänzt wird dies durch einen pointierten Überblick über relevante Märkte und Branchen in den Mercosur-Staaten. Weiteres zu der Veranstaltung und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der IHK Hannover](#).

Webinar: Aktuelle Änderungen in der britischen Einwanderungspolitik

In den letzten anderthalb Jahren hat die britische Regierung zahlreiche Änderungen im Bereich der Einwanderungspolitik vorgenommen. Diese Änderungen haben das Einwanderungssystem des Vereinigten Königreichs komplexer und kostspieliger gemacht als je zuvor. Unternehmen müssen mehr Zeit und Ressourcen für die Einhaltung der Vorschriften aufwenden. Das Webinar der Deutsch-Britischen Handelskammer (AHK) **am 21. April 2026 von 12:00 bis 13:00 Uhr** geht insbesondere auf das Konzept der verdienten Niederlassung sowie auf die wesentlichen Änderungen ein, die im April 2026 von der britischen Regierung bekannt gegeben werden. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite der AHK](#).

Deutsch-Britische Wirtschaftskonferenz

Um Resilienz, Wachstum und die industrielle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien geht es bei einer hochrangig besetzten deutsch-britischen Wirtschaftskonferenz **am 27. April 2026 von 13:45 bis 21:00 Uhr** im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Weitere Informationen und eine Anmelde­möglichkeit finden Sie auf der [Webseite der DIHK](#).

Webinar: Personalengpässe lösen mit EU-Fachkräften aus der Slowakei

Das Webinar der AHK Slowakei **am 28. April 2026 von 10:00 bis 11:30 Uhr** zeigt anhand konkreter Praxisbeispiele, wie saisonale und dauerhafte Personalengpässe mit qualifizierten EU-Fachkräften aus der Slowakei adressiert werden können. Weitere Informationen und eine Anmelde­möglichkeit finden Sie auf der [Webseite der AHK](#).

DIHK-Konferenz zur Zukunft des Welthandelssystems

Nach der Ministerkonferenz der Welthandelskonferenz (WTO) im März in Kamerun stehen wichtige Weichenstellungen für die Zukunft des globalen Handelssystems an. Dieses steht unter steigendem Druck durch protektionistische und konfrontativere Handelspolitiken – zum Nachteil der international stark vernetzten deutschen Wirtschaft. Wie sollte das multilaterale regelbasierte Handelssystem reformiert werden und welche Rolle kann Europa bei der Gestaltung hierbei spielen? Hierzu veranstaltet die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) **am 29. April 2026 von 10:00 bis 14:15 Uhr** in Berlin eine Konferenz zur Zukunft des Welthandelssystems mit handelspolitischen Entscheidern. Erwartet werden Staatssekretär Dr. Thomas Steffen, Sabine Weyand (EU-Kommission) und Professor Robert Staiger (WTO). Das komplette Programm und eine Anmelde­möglichkeit zur Konferenz finden Sie auf der [Webseite der DIHK](#).

KI und Digitalisierung in der Außenwirtschaft: IHK-Veranstaltung in Oldenburg

Wie können speziell kleine und mittlere Unternehmen Nachhaltigkeits-, Zoll- und Handelsvorgaben meistern – ohne den Überblick zu verlieren? Genau diese Frage steht im Mittelpunkt der Veranstaltung **am 11. Juni 2026 von 09:30 bis 15:30 Uhr** im Kulturzentrum PFL in Oldenburg. Das kompakte Fachforum der IHK für Ostfriesland und Papenburg und der Oldenburgischen IHK zeigt praxisnah, wie digitale Lösungen Unternehmen dabei unterstützen, komplexe gesetzliche Anforderungen effizient und rechtssicher umzusetzen. Im Fokus stehen unter anderem das Lieferkettengesetz (LkSG), der europäische CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR), digitale Bescheinigungen sowie aktuelle Zoll- und Exportbestimmungen. Die Veranstaltung richtet sich an Entscheider und Fachverantwortliche, die Digitalisierung gezielt nutzen wollen, um Compliance- und Zollanforderungen souverän zu bewältigen. Weitere Informationen zu den Ausstellern und Partnern des Forums, das Programm sowie eine Anmelde­möglichkeit finden Sie auf der [Veranstaltungsseite](#) der ausrichteten IHKs. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei, setzt jedoch eine Anmeldung voraus.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Algerien: Digitale Plattform für den Import

Das algerische Ministerium für Außenhandel und Exportförderung hat eine digitale Plattform freigeschaltet, über die Einfuhrprogramme für Importwaren zum Weiterverkauf in unverändertem Zustand hinterlegt werden müssen. Algerische Unternehmen können ihre Programme seit den 22. März bis zum 30. April 2026 ausschließlich online einreichen. Die Behörden fordern betroffene Importeure auf, sich fristgerecht zu registrieren und ihre Unterlagen digital zu übermitteln.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Deutschland: Exporterleichterungen für Rüstungsgüter

Die Bundesregierung hat am 20. März 2026 die [Regeln für den Export bestimmter Rüstungsgüter](#) in eine Reihe von Golfstaaten und in die Ukraine gelockert. Dazu ist eine neue, auf sechs Monate befristete Allgemeine Genehmigung (AGG) in Kraft getreten. Hintergrund sind unter anderem die anhaltenden Angriffe des Irans auf Ziele in der Golfregion.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)

Deutschland: Nutzung des Zoll-Portals im Bereich Genussmittelsteuern

Ab dem 1. Januar 2027 wird die [Nutzung des Zoll-Portals für zahlreiche Formulare im Bereich der Genussmittelsteuer](#) verpflichtend. Da die Formulare nicht mehr extern verfügbar sein werden, müssen Unternehmen Anträge dann digital über ein Geschäftskundenkonto mit ELSTER-Zertifikat einreichen. Das Zoll-Portal ist die zentrale Online-Plattform der deutschen Zollverwaltung für digitale Verwaltungsleistungen. Die Regelung betrifft die Alkoholsteuer, die Alkopopsteuer, die Biersteuer, die Kaffeesteuer, die Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer sowie die Tabaksteuer. Nach der Umstellung werden die betroffenen Formulare nicht mehr auf der Website des Zolls oder im Formularmanagementsystem (FMS) zum Download bereitgestellt.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Antidumpingzölle auf Phosphorsäure aus China

Die Europäische Kommission hat am 18. März 2026 [Antidumpingzölle auf Einfuhren von Phosphorsäure](#) aus der Volksrepublik China in die EU verhängt. Der endgültige Antidumpingzoll beträgt 122,8 Prozent.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Einigung auf Freihandelsabkommen mit Australien

Die Europäische Union und Australien haben sich am 24. März 2026 nach jahrelangen Verhandlungen auf ein [Freihandelsabkommen](#) geeinigt. In Canberra unterzeichneten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der australische Regierungschef Anthony Albanese ein entsprechendes Dokument. Die Verhandlungsführer der EU-Kommission und Australiens haben den Text des Abkommens bereits paraphiert. Der endgültige Text wurde noch nicht veröffentlicht. Voraussichtliche Schwerpunkte des Abkommens

umfassen unter anderem den Abbau von fast allen Zöllen auf gewerbliche Waren, einen schrittweisen Zollabbau für Agrarprodukte mit Schutzmechanismen für sensible Waren, den Schutz geografischer Herkunftsbezeichnungen, verbesserten Zugang zu kritischen Rohstoffen sowie Bestimmungen zu Nachhaltigkeit. Als nächster Schritt wird die EU-Kommission das Abkommen dem Rat der Europäischen Union zur Zustimmung vorlegen. Anschließend müssen sowohl die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten als auch das EU-Parlament und das australische Parlament zustimmen.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Fragen und Antworten zum Abkommen mit der Schweiz

Am 2. März 2026 unterzeichneten die Europäische Union und die Schweiz ein umfassendes Paket von Abkommen zur Vertiefung ihrer Beziehungen. Durch die Angleichung von Normen und Vorschriften in eng integrierten Bereichen sorgt es für Rechtssicherheit, vereinfacht den Handel mit Waren wie Medizinprodukten und Lebensmitteln, und erleichtert die grenzüberschreitende Belieferung für Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze. Die Europäische Kommission hat zu dem Abkommen ein umfangreiches Paket an [Antworten auf inhaltliche Fragen](#) zusammengestellt.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Hinweise zur E-Rechnung

Die E-Rechnung wird aktuell von den EU-Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene eingeführt - jedoch unterschiedlich umgesetzt. Grenzüberschreitend tätige Unternehmen stehen daher vor der Frage, welche Pflichten tatsächlich gelten, ob bestehende E-Rechnungslösungen aus Deutschland ausreichen und wann Handlungsbedarf entsteht. Eine praxisorientierte Übersicht zur elektronischen Rechnungsstellung im EU-Geschäft bietet das [Außenwirtschaftsportal NRW](#). Das Portal erläutert den rechtlichen Rahmen auf EU- und nationaler Ebene und unterstützt Unternehmen bei der Einordnung, ob und in welchen Konstellationen nationale E-Rechnungsvorgaben im EU-Ausland relevant werden können.

Quelle: Außenwirtschaftsportal NRW

EU: Neue Zollvorschriften für kleine Pakete

Die Europäische Union hat am 11. Februar 2026 [neue Zollvorschriften für Waren gebilligt, die in kleinen Paketen versandt](#) werden und größtenteils über den elektronischen Handel in die EU gelangen. Mit den neuen Vorschriften wird dem Umstand Rechnung getragen, dass solche Pakete zollfrei in die EU eingeführt werden, was zu unlauterem Wettbewerb führt. Konkret wird die schwellenwertbasierte Zollbefreiung, die für in die EU eingeführte Pakete mit einem Wert unter 150 Euro gilt, abgeschafft. Zunächst wird ein vorläufiger Pauschal-Zoll in Höhe von 3 Euro auf Waren in kleinen Paketen mit einem Wert unter 150 Euro gelten, die direkt an Verbraucher in der EU versandt werden. Ab dem 1. Juli 2026 werden Zölle auf einzelne Warenkategorien erhoben, die in einem Paket enthalten ist. Je nachdem, unter welche Unterposition des Zolltarifs diese fallen. Sobald eine neue EU-Zolldatenplattform verfügbar ist (voraussichtlich 2028) werden für alle eingeführten Waren Zölle fällig, unabhängig von deren Wert.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Parlament stimmt für Handelsvereinbarung mit den USA

Das Europäische Parlament hat die Umsetzung einer Handelsvereinbarung zwischen der EU und den USA aus dem vergangenen Jahr einen Schritt vorangebracht: In der Plenarsitzung am 26. März 2026 haben die Abgeordneten über den Vorschlag abgestimmt, Zollsenkungen für Einfuhren aus den USA umzusetzen. Das Parlament stimmte in Brüssel für den Vorschlag - stellte dafür aber eine [Reihe von Bedingungen](#) auf. Der Gesetzentwurf geht nun in die Verhandlungen mit dem Rat der 27 EU-Staaten, der sich aus den Ministern zusammensetzt.

Quelle: Europäisches Parlament

EU: Text des Freihandelsabkommens mit Indien veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 27. Februar 2026 den [vorläufigen Text des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Indien](#) veröffentlicht. Die Anhänge mit den Zollabbauplänen und produktspezifischen Ursprungsregeln stehen noch aus. Der Vertragstext befindet sich derzeit in der juristischen Prüfung, weshalb noch Anpassungen möglich sind. Erst nach der Unterzeichnung wird der Text des Abkommens rechtlich bindend. Das verhandelte Freihandelsabkommen kann erst nach Annahme des EU-Rates und Unterzeichnung sowie der Ratifizierung durch das Europäische und indische Parlament in Kraft treten. Das genaue Datum des Inkrafttretens steht noch nicht fest.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Verhandlungen mit Kanada über ein Digitalhandelsabkommen

Am 5. März 2026 starteten die [Verhandlungen über ein Digitalhandelsabkommen \(DTA\) zwischen der EU und Kanada](#). Das DTA soll einen umfassenden, zukunftsorientierten Rahmen für den digitalen Handel schaffen, der die Rechtssicherheit für Unternehmen erhöht, den Verbraucherschutz bei digitalen Transaktionen stärkt und eine offene, freie und faire Online-Umgebung fördert.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Volldigitales Carnet ab 1. Juni 2026

Ab dem 1. Juni 2026 stellt die EU gemeinsam mit der Schweiz, Norwegen und dem Vereinigten Königreich auf volldigitale Carnets um. Neue Carnets für diese Länder werden dann ausschließlich in elektronischer Form ausgestellt. Die Abfertigung bei den Zollstellen erfolgt über einen QR-Code, der das bisherige Zusammenspiel aus Papierdokument und Stempel ersetzt. Die rechtliche Grundlage für Carnets, der Verwendungszweck und die Nämlichkeitssicherung durch den Zoll hingegen bleiben unverändert – lediglich das Trägermedium (App statt Papierheft) und die Abfertigungsmodalitäten (QR-Code statt Stempel) ändern sich. Für Anwender bringt das volldigitale Carnet wesentliche Vorteile mit sich. So steht das Dokument deutlich schneller zur Verfügung, da es unkompliziert über eine mobile App heruntergeladen werden kann. Gleichzeitig besteht kein Risiko mehr, wichtige Dokumente zu verlieren, da diese nun digital gespeichert sind und nicht mehr physisch mitgeführt werden müssen. Zudem ermöglicht die digitale Lösung eine schnellere Abwicklung an den Grenzzollstellen. Unternehmen, die das Carnet-Verfahren nutzen, sollten sich frühzeitig mit den neuen digitalen Abläufen vertraut machen. Die IHK hat hierzu umfassende Informationen sowie konkrete Handlungsempfehlungen für Unternehmen auf ihrer [Internetseite](#) zusammengestellt.

Quelle: DIHK

EU: Vorläufige Anwendung des Mercosur-Abkommens

Die Europäische Kommission hat am 23. März 2026 bestätigt, dass das [EU-Mercosur-Interimshandelsabkommen](#) ab dem 1. Mai 2026 voraussichtlich mit Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay vorläufig angewendet wird.

Quelle: Europäische Kommission

Kanada: Verschärfung der Russlandsanktionen

Kanada hat Ende März 2026 seine Russland-Sanktionen durch die Aufnahme weiterer Schiffe der Schattenflotte sowie zahlreicher Personen und Organisationen in die [Sanktionslisten](#) verschärft.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Kolumbien: Einfuhr von Tiefkühl-Pommes frites aus der EU

Kolumbien hat am 11. März 2026 alle [Antidumpingzölle](#) auf Einfuhren von Tiefkühl-Pommes frites aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden aufgehoben. Damit ist der uneingeschränkte Marktzugang für 85 Prozent der EU-Exporte von Tiefkühl-Pommes frites wiederhergestellt, die von den Zöllen betroffen waren. Diese Wiederherstellung des uneingeschränkten Marktzugangs stellt eine vollständige Beilegung des seit sechs Jahren andauernden WTO-Streitfalls zwischen der EU und Kolumbien dar. Der Streitfall zeigt die Bedeutung des „Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement“ (MPIA), das unter den teilnehmenden Ländern ein voll funktionsfähiges Streitbeilegungssystem innerhalb der WTO gewährleistet. Es handelt sich um den ersten Streitfall, der im Rahmen des MPIA, der sowohl die EU als auch Kolumbien angehören, die Phase der vollständigen Einhaltung erreicht hat. Der Wert der von der Maßnahme betroffenen EU-Exporte belief sich auf etwa 19,3 Millionen Euro pro Jahr.

Quelle: DIHK

Kroatien: Beitritt zum CEE-Verfahren

Die Generalzolldirektion informiert, dass [Kroatien](#) seit dem 20. März 2026 am CEE-Verfahren zum elektronischen Nachrichtenaustausch teilnimmt. Bei der Zentralen Zollabwicklung Ausfuhr (CEE) fallen der Ort der Anmeldung und der Ort der Gestellung mitgliedstaatübergreifend auseinander. Für die Inanspruchnahme dieser Vereinfachung wird eine förmliche Bewilligung des zuständigen Hauptzollamts benötigt. Informationen dazu erhalten Sie auf der [Webseite der Zollverwaltung](#).

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

Polen: Meldepflicht bei grenzüberschreitender Warenbeförderung

Seit Anfang Januar 2025 müssen sich auch Transportunternehmen aus der EU oder EFTA-Staaten im polnischen SENT-System (System for Electronic Transport Supervision) anmelden, wenn bestimmte besonders betrugsanfällige Güter im Straßenverkehr transportiert werden. Darunter fallen beispielsweise Lebensmittel wie Früchte, Mais, Mehle oder Speiseöle, aber auch zahlreiche chemische Stoffe, Tabakprodukte oder Treibstoffe. Laut Meldung der polnischen Finanzbehörde wurde der betroffene Warenkreis zum 17. März 2026 um Kleidung und Schuhe erweitert. Eine aktuelle [Auflistung der betroffenen Waren](#) (Stand Dezember 2025) und weitere Informationen erhalten Unternehmen in englischer Sprache auf der [elektronischen Plattform PUESC](#).

Quelle: IHK Nord Westfalen

Schweiz: Elektronisch ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen

Wie der deutsche Zoll in seiner [Meldung vom 23. März 2026](#) mitteilt, hat die Europäische Kommission darüber informiert, dass die Schweiz am 16. März 2026 mit der Ausstellung elektronischer Warenverkehrsbescheinigungen (WVB) EUR. 1 begonnen hat.

Quelle: DIHK

Slowakei: Beitritt zum CEE-Verfahren

Die Generalzolldirektion informiert, dass die [Slowakei](#) seit dem 10. März 2026 am CCE-Verfahren zum elektronischen Nachrichtenaustausch teilnimmt. Bei der Zentralen Zollabwicklung Ausfuhr (CEE) fallen der Ort der Anmeldung und der Ort der Gestellung mitgliedstaatübergreifend auseinander. Für die Inanspruchnahme dieser Vereinfachung wird eine förmliche Bewilligung des zuständigen Hauptzollamts benötigt. Informationen dazu erhalten Sie auf der [Webseite der Zollverwaltung](#).

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

Türkei: Verpflichtende Vorabregistrierung für Carnet ATA

Die Internationale Handelskammer (ICC) in Paris hat darüber informiert, dass Inhaber eines Carnets die türkische Zollverwaltung künftig vor der Einreise über ihre geplante Ankunft informieren müssen. Wer ein Carnet in der Türkei nutzen möchte, ist demnach verpflichtet, dieses vorab über ein [Online-Portal](#) zu registrieren. Unternehmen sollten die Registrierung rechtzeitig vor der Einreise vornehmen, um Verzögerungen bei der Zollabfertigung zu vermeiden. Ohne vorherige Anmeldung kann es bei der Einreise zu Problemen kommen.

Quelle: DIHK

USA: Zollrückerstattungen nur noch elektronisch

Die Zollbehörden in den Vereinigten Staaten weisen darauf hin, dass ohne gültige US-Bankdaten keine Erstattungen erfolgen können. Seit dem 6. Februar 2026 stellt die US Customs and Border Protection (CBP) sämtliche Rückerstattungen ausschließlich elektronisch über Automated Clearing House (ACH) aus. Nach diesem Datum wird CBP keine Rückerstattungen mehr per Scheck ausstellen, es sei denn, eine Ausnahmegenehmigung wurde bewilligt. CBP empfiehlt allen Importeuren und anderen möglichen Empfängern von Rückerstattungen, die nach dem 5. Februar 2026 Zahlungen erwarten, die bereitgestellten [Hinweise zur elektronischen Registrierung](#) zu prüfen und die notwendigen Schritte rechtzeitig abzuschließen. CBP erinnert daran, dass in ACE gültige US-Bankdaten hinterlegt sein müssen, da Erstattungen sonst nicht ausgezahlt werden können. Bereits über 12300 Rückzahlungen sind aufgrund fehlender Bankverbindungen abgelehnt worden. Entsprechende Informationen stellt die CBP in ihrer Information vom 27. März 2026 zur Verfügung.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Ländernotizen

Brasilien: Wichtigster Markt für elektrotechnische Güter in Südamerika

Der Markt für elektrotechnische Güter in Brasilien wächst – seit der Jahrtausendwende im Durchschnitt um 2,8 Prozent pro Jahr. Inzwischen liegt das Volumen bei 88 Milliarden Euro. Damit ist der Markt mit Abstand der größte innerhalb des Mercosur-Wirtschaftsraums, der ein Gesamtvolumen von 100 Milliarden Euro aufweist (Hochrechnung von 2025). Im vergangenen Jahr exportierte die deutsche Elektrobranche Waren im Wert von 1,8 Milliarden Euro nach Brasilien.

Weitere Informationen: [Hannover Messe-Partnerland 2026: Brasilien ist wichtigster Elektromarkt in Südamerika](#)

Quelle: Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) e.V.

Deutschland: Nur 0,6 Prozent Exportwachstum 2025

Die deutschen Exporte wachsen im Jahr 2025 nur um 0,6 Prozent auf rund 1,6 Billionen Euro. Das ergab eine Hochrechnung von GTAI auf Basis der Außenhandelszahlen des Statistischen Bundesamtes für die ersten neun Monate. Damit verharren die deutschen Ausfuhren das dritte Jahr in Folge auf dem Niveau des Nach-Coronajahres 2022. Zwar lieferten deutsche Unternehmen im September 5,3 Prozent mehr Waren an das Ausland als im Vorjahresmonat – das höchste Wachstum im gesamten bisherigen Jahr. Hier dürften jedoch Sondereffekte infolge der US-Handelspolitik eine Rolle gespielt haben. Die Aussichten für 2026 bleiben verhalten.

Weitere Informationen: [Deutsche Exporte stagnieren: Nur 0,6 Prozent Wachstum 2025](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Frankreich: Recycling wird zur Souveränitätsfrage

Frankreichs Abfallwirtschaft ist aufgrund der Menge und Qualität der Abfälle sowie seiner Politik zur Förderung der Kreislaufwirtschaft ein international geschätzter Markt. Die Branche ist in Bewegung. Müll ist nicht mehr nur Müll, sondern vor allem Wertstoff. Recycling wird zum Gebot der Stunde. Angesichts eines internationalen Wettlaufs um Rohstoffe treiben Staat und Unternehmen die Wiedergewinnung von Wertstoffen voran. Müllverbrennungsanlagen ohne Energierückgewinnung hingegen werden ab 2030 der Vergangenheit angehören und Mülldeponien werden zum Auslaufmodell.

Weitere Informationen: [In Frankreich wird Recycling zur Souveränitätsfrage](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Indien: Milliarden für erneuerbare Energien

Indien will in den nächsten fünf Jahren 350 Milliarden US-Dollar in erneuerbare Energien investieren. Das gab der indische Energieminister Pralhad Joshi Ende Februar bekannt. Ziel sind bis 2030 Stromerzeugungskapazitäten von 500 Gigawatt aus sauberen Energien. Anfang 2026 verfügte Indien über rund 267 Gigawatt installierter Leistung. Der Staat fördert nicht nur Vorhaben mit erneuerbaren Energiequellen. Künftig unterstützt er auch Investitionen in Batteriespeicher und strebt eine Gesamtleistung

von 41 Gigawatt an. Auch die Fertigung von Photovoltaikmodulen wird gefördert. Die Regierung hilft Investoren finanziell mit einem "Viability Gap Funding" - einer staatlichen Finanzhilfe für wirtschaftlich sinnvolle, aber privatwirtschaftlich nicht rentable Infrastrukturprojekte.

Weitere Informationen: [Milliarden für erneuerbare Energien in Indien](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Japan: Halbleiterindustrie steht vor starkem Wachstum

Die japanische Regierung setzt auf die Förderung strategischer Branchen wie die künstliche Intelligenz (KI) und die Halbleiterindustrie. Mit dem Gewinn einer Zwei-Drittel-Mehrheit bei den Wahlen zum Unterhaus des Parlaments am 8. Februar 2026 hat Premierministerin Sanae Takaichi ein starkes Mandat dafür gewonnen, diese Wirtschaftspolitik fortzusetzen. Bereits im Dezember 2025 hatte der globale Halbleiterverband SEMI ein starkes Wachstum der Halbleiterinvestitionen in Japan prognostiziert. Drei Tage vor der Wahl, am 5. Februar 2026, hatte der CEO von TSMC, dem weltgrößten Auftragshersteller von Halbleitern, ein Update der Japanpläne der taiwanischen Firma verkündet. Danach soll das zweite TSMC-Werk in Japan 3-Nanometer-Technologie nutzen. Derart kleine Chips werden bisher nur in Taiwan und in Südkorea produziert. TSMC plant auch in den USA eine 3-Nanometer-Fertigung. Bei der Entscheidung von TSMC für das Upgrade des geplanten Werks spielte die Industriepolitik Japans eine Rolle.

Weitere Informationen: [Japans Halbleiterindustrie steht vor starkem Wachstum](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Kolumbien: Wasserwirtschaft fragt moderne Technik nach

Mit vier Prozent der globalen Wasserressourcen gehört Kolumbien zu den wasserreichsten Ländern der Welt. Im Schnitt entfällt dreimal so viel Wasser auf einen Quadratkilometer wie im übrigen Lateinamerika. Doch obwohl es durchschnittlich gesehen in kaum einem anderen Land der Erde mehr regnet, ist sauberes Wasser in vielen Teilen Kolumbiens Mangelware. Zahlen der Vereinten Nationen zeigen, dass ein Viertel der Bevölkerung keinen Zugang zu einer sicheren Trinkwasserversorgung hat. Sicher aufbereitet wird nicht einmal ein Fünftel des Wassers. Ein neues Paket aus 42 Wasserprojekten könnte solche Probleme in Zukunft mildern. Bei der Initiative handelt es sich um Finanzierungszusagen der kolumbianischen Regierung in einem Umfang von rund 310 Millionen US-Dollar zwischen 2026 und 2028. Das Geld soll vor allem die Wasserversorgung in den entlegenen Regionen verbessern.

Weitere Informationen: [Kolumbiens Wasserwirtschaft fragt moderne Technik nach](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Skandinavien: Maritime Industrie auf Innovationskurs

Die maritime Industrie in Schweden, Dänemark und Norwegen befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Die drei Länder setzen auf Nachhaltigkeit, Digitalisierung und technologische Innovation, um ihre traditionsreichen Schifffahrts- und Hafenstandorte zukunftsfähig zu machen. Während die Dekarbonisierung der Schifffahrt weltweit eine Herausforderung bleibt, zählen die drei skandinavischen Staaten zu den Vorreitern. Sie verankern ambitionierte Klimaziele konsequent in technologischen Standards. Für deutsche kleine und mittlere Unternehmen ergeben sich daraus Chancen in der Lieferung von Komponenten für alternative Antriebe, Batteriesysteme, Brennstoffzellen, Abgasreinigung und Umwelttechnik.

Weitere Informationen: [Skandiaviens maritime Industrie auf Innovationskurs](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Spanien: Flughäfen erweitern ihre Kapazitäten

Spaniens halbstaatlicher Flughafenbetreiber Aeropuertos Españoles y Navegación Aérea (Aena) rechnet damit, dass im Jahr 2031 auf den Flughäfen des Landes 347 Millionen Passagiere ankommen und abfliegen werden. Das entspräche einem Anstieg von 8,1 Prozent gegenüber 2025. Um die Flughäfen für den Ansturm fit zu machen, soll weiter in deren Ausbau investiert werden. Hinzu kommen Renovierungen und Investitionen in Innovations- und Nachhaltigkeitsprojekte. Aena hat Mitte Februar 2026 neben der Präsentation seines Jahresergebnisses 2025 auch dargelegt, wie die geplanten Investitionen für den Zeitraum 2027 bis 2031 aufgeteilt sind. Das Gros des Gesamtbudgets in Höhe von 12,9 Milliarden Euro soll in den Ausbau der beiden größten Airports Madrid-Barajas und Barcelona-El Prat fließen.

Weitere Informationen: [Spanische Flughäfen erweitern ihre Kapazitäten](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Tschechien: Europas unterschätzter Batteriestandort

Auf der Landkarte der europäischen Giga-Factories wirkt Tschechien wie ein grauer Fleck. Während in Deutschland, Polen, Ungarn und der Slowakei große Batterieproduktionen gestartet sind, gibt es zwischen Böhmerwald und Beskiden noch keine Zellproduktion im industriellen Maßstab. Doch hinter den Kulissen formiert sich ein industrielles Ökosystem, das Tschechien in den kommenden Jahren zu einem Schlüsselstandort für die europäische Batteriewirtschaft machen könnte. Für deutsche Unternehmen lohnt sich ein genauer Blick ins Nachbarland.

Weitere Informationen: [Europas unterschätzter Batteriestandort](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Automobilindustrie sortiert sich neu

2026 wird für die Automobilindustrie in den USA zum Jahr der neuen Realitäten. Der nahezu vollständige Wegfall der Elektromobilitätsförderung zwingt den Markt zu einer grundlegenden Neujustierung. Gleichzeitig sorgen die von Präsident Trump verhängten Autozölle für Anpassungsdruck und machen strategische Weichenstellungen unvermeidlich. Zwar werden die Auswirkungen der Zölle durch bilaterale Handelsabkommen mit wichtigen Autoexporteuren wie der EU, Japan und Südkorea teilweise abgefedert. Das Center for Automotive Research beziffert die verbleibende Kostenbelastung für die Branche im Zeitraum 2025 bis 2027 dennoch auf rund 188 Milliarden US-Dollar.

Weitere Informationen: [US-Autoindustrie sortiert sich neu](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Handelspolitik verleidet deutschem Maschinenbau das Geschäft

Die US-Handelspolitik ähnelt einer Achterbahnfahrt und es gilt: Nach der Einigung ist vor der Einigung. Nachdem Präsident Donald Trump im Frühjahr 2025 Länderzölle gegen sämtliche Handelspartner verhängt hatte, kam es später im Jahr zu einer Einigung mit der Europäischen Union. Doch bevor das EU-Parlament diese verabschiedete, erklärte das Oberste US-Gericht am 20. Februar 2026 die Abgaben für verfassungswidrig. Daraufhin wurden diese von US-Seite aufgehoben. Zum 24. Februar 2026 wurde ein Zollsatz von zehn Prozent auf sämtliche Einfuhren eingeführt. Eine Erhöhung auf 15 Prozent für einige Länder

hat der Präsident bereits angekündigt. Damit ändert sich an der effektiven Zollbelastung aus deutscher Sicht zunächst wenig. Neben der Zehn-Prozent-Abgabe fallen die sogenannten Mehrbegünstigten-Zölle (MFN-Zölle) an, die laut der U.S. International Trade Commission überwiegend im einstelligen Bereich liegen, in etlichen Maschinenbaupositionen sogar bei null.

Weitere Informationen: [Zickzack-Zölle verleiden deutschem Maschinenbau das US-Geschäft](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Immer mehr Unternehmen produzieren im Südosten

Die Wirtschaft an der Südküste der Vereinigten Staaten verändert sich tiefgreifend. E-Autos und erneuerbare Energien treiben diese Entwicklung – dank hoher Steuergutschriften für saubere Technologien. Laut einem Bloomberg-Bericht haben die Bundesstaaten Florida, Georgia, North Carolina, South Carolina sowie Texas in den letzten zwei Jahren mehr zum US-Bruttoinlandsprodukt beigetragen als der traditionell wirtschaftsstarke Nordostkorridor Washington DC/ New York/ Boston.

Weitere Informationen: [Immer mehr Unternehmen produzieren im Südosten der USA](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Vereinigtes Königreich: Infrastrukturbau boomt dank staatlicher Projekte

Die britische Baukonjunktur befindet sich seit 2024 in einer angespannten Übergangsphase von einer mehrjährigen Schwäche in eine zaghafte Erholung. Die Construction Products Association (CPA) erwartet 2026 ein moderates nominelles Wachstum der gesamten Bauleistung von 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Erholung bleibt verhalten, weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwach sind und die geopolitische Unsicherheit Investitionen der gewerblichen Wirtschaft bremst. Zentrale Wachstumstreiber sind daher staatliche Investitionen, vor allem im Infrastrukturbereich und im öffentlichen Hochbau. Hemmnisse bleiben hohe Finanzierungskosten sowie die mangelnde Rentabilität von Wohnungsbauprojekten, weil die hohen Grundstücks- und Baukosten hoch bleiben und die Finanzierungsfähigkeit britischer Haushalte begrenzt bleibt. Der leichte Rückgang der Bauzinsen schlägt daher kaum durch.

Weitere Informationen: [Britischer Infrastrukturbau boomt dank staatlicher Projekte](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Veröffentlichungen

EU-Stellungnahme zur Reform der Welthandelsorganisation

Die Europäische Union hat eine [Stellungnahme](#) zur Reform der Welthandelsorganisation (WTO) vorgelegt, die sich auf die drei Punkte Vorhersehbarkeit, Fairness und Flexibilität fokussiert.

Quelle: DIHK

DIHK-Umfrage „Going International 2026“

Auch wenn der Pessimismus der auslandsaktiven deutschen Unternehmen abnimmt, sehen sie doch massiven Gegenwind für freien Welthandel: Die [DIHK-Umfrage „Going International 2026“](#) zeichnet ein ambivalentes Stimmungsbild. 69 Prozent der 2.400 international aktiven Unternehmen, die sich an der Umfrage im Februar 2026 beteiligt haben, berichten von steigenden Handelshemmnissen – ein Allzeithoch. Besonders die US-Zollpolitik, neue Exportkontrollen sowie komplexe Regulierung aus Deutschland und der EU setzen die exportorientierte deutsche Wirtschaft unter Druck. Lichtblicke gibt es in Indien und Teilen Lateinamerikas.

Quelle: DIHK

GTAI-Sonderseite zum Krieg im Nahen Osten

Die Eskalationen im Nahen Osten erhöhen die Unsicherheit für Unternehmen. Steigende Energiepreise, gefährdete Seewege wie die Straße von Hormus und belastete Logistikkreisläufe wirken sich direkt auf Kosten, Lieferketten und Investitionsentscheidungen aus. Auch deutsche Unternehmen sind betroffen – sei es durch Verzögerungen, höhere Transportkosten oder Risiken in bestehenden Geschäftsbeziehungen. Rund 1.800 deutsche Unternehmen sind in der Region aktiv. Auf einer [Sonderseite](#) bündelt Germany Trade & Invest (GTAI) relevante Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des Kriegs im Nahen Osten, zu kritischen Seewegen, [Zoll- und Handelsfragen](#) sowie zu Risiken für deutsche Unternehmen. Die Inhalte werden fortlaufend aktualisiert.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Sonderauswertung USA zur Umfrage „Going International 2026“

Der wichtigste Exportmarkt deutscher Unternehmen entwickelt sich vom Stabilitätsanker zum Risikofaktor für die deutsche Konjunktur. Das zeigt eine [Sonderauswertung der Deutschen Industrie- und Handelskammer \(DIHK\)](#) auf Basis der bundesweiten Umfrage „Going International 2026“. Die Belastungen gehen dabei weit über reine Zollkosten hinaus: Mehr als zwei Drittel der Unternehmen mit US-Geschäft nennen die handelspolitische Unsicherheit als besonderes Hindernis ihrer Aktivitäten. 54 Prozent berichten von steigenden Kosten in den Zollverfahren und wachsender Bürokratie. 37 Prozent aller befragten Unternehmen sind von sektoralen Zöllen auf Stahl und Aluminium betroffen – im Maschinenbau sogar 62 Prozent – mit branchenübergreifenden Effekten entlang der Wertschöpfungsketten.

Quelle: DIHK

Zoll und Einfuhr kompakt – Türkei

Die Publikation „[Zoll und Einfuhr kompakt – Türkei](#)“ von GTAI gibt Exporteuren einen Kurzüberblick über Einfuhrverfahren, Warenbegleitdokumente, zu zahlende Abgaben sowie Verbote und Beschränkungen.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Verschiedenes

Auslandshandelskammern auf der Hannover Messe

Auf der [Hannover Messe](#) (20. bis 24. April 2026) werden rund 20 deutsche Auslandshandelskammern (AHK) vor Ort sein und stehen Unternehmen, die ihr Auslandsgeschäft gezielt ausbauen möchten, für individuelle Termine zur Verfügung. Mit dem Leitthema „Think Tech Forward“ bündelt die weltweit wichtigste Industriemesse die Topthemen der Industrie. Eine Übersicht über die AHKs, die in Hannover sein werden, ist auf dieser [Webseite](#) zusammengestellt. Interessierte können dort auch einen kostenlosen Termin für ein Gespräch mit einer AHK Ihrer Wahl buchen.

Quelle: IHK Hannover

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

www.ihk-emden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.